

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Guido Dahm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und

Antwort

des Ministeriums des Innern und für Sport

Ausbildungsanstrengung des Landes und der Kommunen in Rheinland-Pfalz

Die Kleine Anfrage 2532 vom 18. Oktober 1999 hat folgenden Wortlaut:

Am 6. Juli 1999 haben die Teilnehmer am Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit aus Wirtschaft, Gewerkschaften und Bundesregierung einen Ausbildungskonsens geschlossen.

Darin appellieren die Bündnispartner an die Länder und Kommunen, ihre Ausbildungsanstrengungen entsprechend dem demographisch bedingten Zusatzbedarf zu verstärken.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie hoch war in Rheinland-Pfalz der demographisch bedingte Zusatzbedarf an Ausbildungsplätzen im Jahre 1999?
2. Wie viele Ausbildungsplätze hat das Land 1998 und 1999 in Rheinland-Pfalz angeboten?
3. Wie viele Ausbildungsverträge hat das Land 1998 und 1999 in Rheinland-Pfalz abgeschlossen?
4. Wie viele Ausbildungsplätze haben die Kommunen in Rheinland-Pfalz 1998 und 1999 angeboten?
5. Wie viele Ausbildungsverträge haben die Kommunen in Rheinland-Pfalz 1998 und 1999 abgeschlossen?

Das Ministerium des Innern und für Sport hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 8. November 1999 wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Die Anzahl der Ausbildungsplätze (Beamte, Angestellte und Arbeiter), die das Land Rheinland-Pfalz 1999 anbot, stieg im Vergleich zum Vorjahr um 612 an. Inwieweit dieser Zusatzbedarf demographisch bedingt war, ist nicht näher verifizierbar.

Zu Frage 2:

Im Jahr 1998 wurden 2 324 und im Jahr 1999 2 936 Ausbildungsplätze durch das Land angeboten.

Zu Frage 3:

Im Jahr 1998 wurden 2 180 Ausbildungsverhältnisse neu begründet, im Jahr 1999 waren es 2 688.

Das Abweichen der angebotenen Ausbildungsplätze von den tatsächlich begründeten Ausbildungsverhältnissen erklärt sich daraus, dass entweder keine Bewerbungen eingingen oder abgeschlossene Ausbildungsverhältnisse nicht angetreten wurden und eine Nachbesetzung kurzfristig nicht möglich war.

Zu den Fragen 4 und 5:

Die Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze und der neu begründeten Ausbildungsverhältnisse wird im kommunalen Bereich nicht zentral vorgehalten. Eine Umfrage bei allen 237 Kommunalverwaltungen ist im Rahmen einer Kleinen Anfrage im Hinblick auf den Zeitaufwand nicht zu leisten.

Walter Zuber
Staatsminister